



## Reichstag als Signal

Von Lorenz Hemicker

Die „stille Begrüßung“ der letzten heimkehrenden Bundeswehrsoldaten vom Hindukusch klebt an Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) so fest wie afghanischer Lehm. Nun versucht der letzte Kommandeur des Kontingents höchstselbst mit dem Wort „Sicherheitsgründe“, seine Ministerin von der Kritik reinzuwaschen, dass kein einziger Politiker die Soldaten am Flugfeld begrüßte. Sicherheit kann Ende August freilich kaum als Argument dafür herhalten, warum der Afghanistaneinsatz im Bendlerblock abgeschlossen werden soll, also zwischen Botschaftsviertel und Landwehrkanal, vulgo am Katzentisch des politischen Berlins.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Es waren Abgeordnete, die sie zwanzig Jahre lang in den gefährlichsten Einsatz der Nachkriegsgeschichte geschickt haben. 59 Soldaten haben ihn mit dem Leben bezahlt. Und es ist die große Mehrheit der Deutschen, die die Abgeordneten zu dem Mandat ermächtigt hat. Forderungen, die Soldatinnen und Soldaten vor dem Reichstag zu würdigen, sind daher nur legitim. Ein Großer Zapfenstreich dort wäre ein Signal, dass sich die Politik nicht nur den wichtigen Themen Diversität und Klimawandel widmet, sondern sich auch den Härten des Soldatenberufs widmet: dem Kämpfen, dem Töten und dem Getötetwerden. Das sind unbequeme Wahrheiten. Sie gebührend anzuerkennen ist eine Bringschuld des Parlaments gegenüber den Soldaten.

## Corona im Wahlkampf

Von Mona Jaeger

Man ist fast schon versucht, den Wahlkampf als mildernden Umstand heranzuziehen, um den Politikern nicht Böses zu unterstellen, die nun mit allerhand sich widersprechenden Corona-Vorsagen um die Ecke kommen. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher meint gar zu wissen, dass wir die Pandemie spätestens Ende des Jahres überwunden haben werden. Die Gegenmeinung ist schnell gefunden: Der Vorsitzende des Weltärztebundes rechnet damit, dass wir Corona nie mehr loswerden und Masken Teil unseres Alltags bleiben werden. Der SPD-Mann Tschentscher gehörte bislang zum „Team Vorsicht“. Jetzt nicht mehr?

Vielleicht doch, aber der Wahlkampf ist eben die Zeit der Versprechen – nur verträgt sich das nicht mit dem Verlauf einer Pandemie. Niemand weiß, was Ende des Jahres sein wird. Und kein Politiker sollte sich sicher sein, dass die Strategie verhängt, konkrete End-Daten zu nennen. Bisher war das „Team Vorsicht“ schließlich recht erfolgreich. Das Impfen weckt große Hoffnungen, ohne Zweifel. Es ist der einzige Weg, der aus der Pandemie herausführt. Auch über das Ende der coronabedingten Einschränkungen muss gesprochen werden. Bei deren Bewertung dürfen nicht nur medizinische Faktoren eine Rolle spielen, so schwer diese auch wiegen mögen. Auch hier muss es um Maß und Mäßigung gehen. Was passiert, wenn das verlorene geht, konnte man gerade bei der EM beobachten. Dort führte die UEFA ihren ganz eigenen Wahlkampf.

# Draghi will mehr Tempo

In Italien dauern Gerichtsverfahren extrem lange. Das soll sich ändern.

Von Matthias Rüb

Würde in Rom kein europafreundlicher Ministerpräsident wie Mario Draghi herrschen, sondern ein Regierungschef vom Schlage eines Mateusz Morawiecki, Viktor Orbán oder János Nažsa: Der Ruf nach einem Rechtsstaatsverfahren gegen Italien wäre in Brüssel und Straßburg unüberhörbar. Denn gegen keinen anderen EU-Staat wurden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg so viele Urteile gefällt wie gegen Italien. Seit 1959 wurde Italien allein wegen der extrem langen Dauer von Gerichtsverfahren 1202 Mal vom EGMR verurteilt.

Auf dem zweiten Platz dieser unrühmlichen Rangliste liegt die Türkei mit 608 Verurteilungen. Die Türkei ist zwar Mitglied des Europarates und damit der Rechtsprechung des EGMR unterworfen. Sie ist aber kein EU-Mitglied und wird von vielen EU-Staaten auch nicht (mehr) als Rechtsstaat betrachtet. Nimmt man die EGMR-Urteile als Maßstab, dann werden rechtsstaatliche Prinzipien in der Türkei nur halb so übel verletzt wie vom EU-Gründungsmitglied Italien.

In Strafprozessen dauert es nach jüngsten Erhebungen des Justizministeriums in Rom durchschnittlich 478 Tage bis zum Urteil in erster Instanz. Ein Berufungsverfahren nimmt weitere 1038 Tage in Anspruch. Das Kassationsgericht spricht dann nach nochmals 287 Tagen sein Urteil in letzter Instanz. In der Summe kommen 1800 Tage, also knapp fünf Jahre zusammen, bis ein Verfahren abgeschlossen ist. Das ist ein Durchschnittswert. Strafverfahren, die länger als ein Jahrzehnt dauern, sind in Italien keine Seltenheit.

Noch düsterer sieht es bei zivilrechtlichen Prozessen aus. Durchschnittlich dauert es rund 500 Tage bis zum Richterurteil in erster Instanz, weitere 800 Tage bis zum Berufungsurteil und nochmals 1300 Tage bis zur Entscheidung des Kassationsgerichts. Macht zusammen im Durchschnitt gut sieben Jahre.

Wer in Italien Geduld, Geld und gute Anwälte hat, dem kann nur recht sein, dass so langsam Recht gesprochen wird. Bis zum Abschluss des Verfahrens ist das Vergehen oder gar das Verbrechen dann

verjährt. In einer allenfalls rudimentären Justizreform hatte die letzte Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte das Problem der Verjährung wie folgt zu lösen versucht: Gemäß dem von damaligen Justizminister Alfonso Bonafede von der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung formulierten Gesetz wurde in Strafverfahren das Ablaufen der Verjährungsfrist nach einer Verurteilung in erster Instanz ausgesetzt. Damit sollte verhindert werden, dass Angeklagte und deren Anwälte „auf Zeit spielen“ und mit immer neuen Verfahrenstricks den Prozess so lange hinauszuziehen, bis wegen Verjährung keine Strafe mehr verhängt werden kann.

Mit dieser Reform mochten die sogenannten „giustizialisti“ von den Fünf Sternen zwar ihr Ziel erreicht haben, dass kein Verbrecher und vor allem kein korrupter

Politiker seiner Strafe mehr entgehen sollte. Aber die Dauer von Verfahren wurde damit nicht verkürzt, im Gegenteil. Nach Angaben des Justizministeriums dauerte es 2020 mehr als doppelt so lang wie im Vorjahr, bis ein Strafverfahren zwischen zweiter und dritter Instanz abgeschlossen werden konnte. Dazu mochten auch die Pandemie und der Lockdown beigetragen haben, denn viele Gerichtstermine mussten verlegt werden.

Doch die „garantisti“, die das Recht des Bürgers auch als Straftäter garantiert sehen wollen, sahen in Bonafedes partieller Justizreform einen Freifahrtschein für ein übergriffiges Justizwesen, das nun ungeachtet seiner erwiesenen Dysfunktionalität jeden Prozess bis zum bitteren Ende für die Beklagten durchzuziehen in der Lage ist.



Gleich neben der Engelsburg: Der Justizpalast in Rom

Foto Picture Alliance

Fremde Federn: Reinhard Krumm

## Europa muss aufhören, nur zu reagieren

Russland wird seine Postanschrift nicht verändern. Somit werden Deutschland und die Europäische Union auch in Zukunft gar keine andere Wahl haben, als mit dem größten Land der Erde ein Verhältnis zu haben – als Partner, als Konkurrent oder gar als Widersacher. Im Hinblick auf die europäische Sicherheit haben sie dabei bisher wenig Erfolg. Angesichts der bestehenden Spannungen muss die Frage erlaubt sein, ob die Annahmen, auf denen die bisherige Politik basiert, die richtigen sind: Der Status quo der europäischen Sicherheit und das Verhältnis zu Russland seien zwar nicht optimal, aber weitgehend stabil; Russland sei ein sich im politischen und wirtschaftlichen Abstieg befindender Staat; die mittel- und langfristigen sicherheitspolitischen Risiken der Politik der EU und der Vereinigten Staaten seien gering.

Alle drei Annahmen entsprechen nicht der Realität. Zum einen ist der Zustand der europäischen Sicherheit besorgniserregend. Abrüstungsabkommen sind aufgelöst worden, die Nachbarschaft zwischen der EU und Russland ist weder sicher noch stabil noch prosperierend. Möglicherweise haben wir den Tiefpunkt noch gar nicht erreicht. Auch ist fraglich, ob und wann der oft und seit Jahren prophezeite Absturz der russischen Wirtschaft eintritt. Und das wiederum stellt die Annahme infrage, dass Sanktionen ein

probates Mittel sind, einen Kurswechsel des Kremls herbeizuführen. Obwohl Sanktionen den Druck auf die russische Wirtschaft durchaus verstärkt haben, ist sie tatsächlich recht stabil, flankiert von den wieder steigenden Ölpreisen und einer soliden makroökonomischen Politik.

Gleichzeitig haben die sicherheitspolitischen Risiken zugenommen. Russland agiert und nutzt seine militärische Kraft auch, um den Westen herauszufordern. Die Risikobereitschaft Moskaus ist hoch, das Geltungsbewusstsein ebenso. Und das Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ungebrochen. Die Gefahr von schweren Krisen durch Fehlkalkulationen und damit verbundenem Fehlverhalten hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Diese Entwicklung entspricht nicht den Interessen Deutschlands und der EU. Die gesamteuropäische Sicherheit ist mit der Fortsetzung der bisherigen Politik nicht zu erreichen. Der Wunsch, dass Russland aufgrund politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten einknickt und wieder nach Westen schaut, wird sich nicht erfüllen. Auch wenn die Unzufriedenheit mit der Korruption und einem sich zunehmend von der Gesellschaft distanzierenden Staat in Russland wächst.

Die von der EU und den Vereinigten Staaten so emotional beäugte innen- und außenpolitische Entwicklung Russlands hat in Ost und West zu einer ge-

danklichen Starre geführt – es herrscht Ratlosigkeit. Dabei liegt der erste Schritt klar vor Augen: Es bedarf einer klaren Formulierung der eigenen Interessen in der europäischen Sicherheitspolitik.

Das ist vor allem die Nachbarschaft, mit der die Idee einer europäischen Souveränität eng verbunden ist. Die EU muss erreichen, dass sie dort ihre Vorstellung eines stabilen, sichereren und prosperierenden Europas projizieren kann. Ein weiteres Interesse sind Verhandlungen über konventionelle, aber auch nukleare Abrüstung. Das sollte nicht den Vereinigten Staaten und Russland überlassen bleiben.

Das Instrument zur Umsetzung heißt Verhandlung. Unter den jetzigen Bedingungen sind Dialog und Gespräch nur insofern brauchbar, als sie Verhandlungen vorbereiten. So geschahen durch den Biden-Putin-Gipfel in Genf, so nicht geschahen durch die EU, weil das Aushandeln gemeinsamer Interessen bisher eben nicht stattgefunden hat. Verhandeln ist ergebnisorientiert, gleichwohl ist der Ausgang offen; es muss nicht beim ersten Mal zu einem Ergebnis führen. Wichtig ist es, zumindest den Versuch zu unternehmen und nicht von vornherein ein Ergebnis auszuschließen.

Unmöglich? Unnötig? Liegen die grundlegenden Regeln für ein sicheres Europa nicht seit der Unterzeichnung der Charta von Paris im November 1990 im Rahmen der Konferenz für

Ministerpräsident Draghi und seine Justizministerin Marta Cartabia, zuletzt Vorsitzende des Obersten Gerichts, können bei der überfälligen Justizreform nun nicht länger Stückwerk leisten. Immerhin vermochte es Draghi, dass Brüssel die Zahlungen aus dem sogenannten Wiederaufbaufonds der EU, von welchen Italien unter allen EU-Staaten den mit Abstand größten Anteil erhält, schon prinzipiell zugesagt hat, obwohl Italiens Justizreform bisher nur ein Versprechen ist. Rom ist verpflichtet, die Dauer von Strafprozessen um mindestens 25 Prozent, die von Zivilprozessen um 40 Prozent zu verringern.

Einen wichtigen Schritt auf diesem Weg hat das Kabinett in Rom Ende vergangener Woche mit der einmütigen Annahme des Reformpakets von Justizministerin Cartabia getan. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass bei Korruption und Missbrauch öffentlicher Ämter zwar die erst jüngst abgeschaffte Verjährungsfrist formal nicht wieder eingeführt wird, dass aber Fristen für die Prozessdauer festgelegt werden. Danach dürfen bis zum Urteil in zweiter Instanz höchstens drei Jahre vergehen, nach weiteren anderthalb Jahren muss in dritter Instanz geurteilt werden, andernfalls muss das Verfahren eingestellt werden. Auch die Frist für staatsanwaltschaftliche Vorentscheidungen bis zum Beginn des Verfahrens wird deutlich verkürzt. Viele Prozesse sollen durch die Einigung der Parteien auf ein vermindertes Strafmaß und den Verzicht auf Rechtsmittel deutlich schneller abgeschlossen werden. Um den Stau von fünf Millionen anhängigen Verfahren abzubauen, sollen im Justizwesen Tausende neue Stellen geschaffen werden.

In der vorletzten Juli-Woche soll die Abgeordnetenkammer erstmals über den Gesetzentwurf debattieren. Die Verabschiedung wird bis Monatsende angestrebt. In der Fünf-Sterne-Bewegung gibt es aber Widerstand, angeführt vom früheren Regierungschef Conte. Der warnt vor einer Wiedereinführung der Verjährungsfrist für Korruptionsdelikte durch die Hintertür und ruft zur Ablehnung des Gesetzentwurfs auf. Ohne breite Zustimmung der Fraktionen der zerstrittenen Fünf-Sterne-Bewegung in beiden Parlamentskammern hat die Justizreform aber keine Chance.



Haibatullah AKHUNDZADA Foto AFP

## Befehlshaber der Taliban

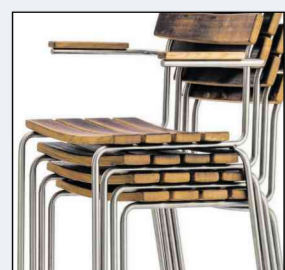
Angesichts der rasanten militärischen Erfolge der Taliban in den vergangenen Wochen wächst unter vielen Afghanen die Unruhe. Sie lässt sich auf die Frage reduzieren: Wie werden die Islamisten regieren, wenn sie an die Macht kommen sollten? Die Taliban geben sich in vielen Punkten vage, eines aber machen sie immer wieder klar: Sie wollen ein „islamisches System“ in Form eines Emirats. An dessen Spitze stünde der „amir al-mu'minin“, der „Befehlshaber der Gläubigen“. In der gegenwärtigen Organisationsstruktur der Taliban wäre das Haibatullah Akhundzada.

Der wohl 1961 geborene Religionsgelehrte hat die Führung der einstigen Koranschüler-Bewegung im Mai 2016 übernommen. Damals wurde er in manchen Medienberichten als Mysterium bezeichnet. An dieser Einschätzung änderte sich auch nach fünf Jahren nicht viel. Es gibt sogar Spekulationen, dass er nicht mehr am Leben ist. Das wäre in gewisser Weise Taliban-Tradition: Den Tod ihres Gründers Mullah Omar 2011 hielt die Führung der Islamisten zwei Jahre lang geheim. Akhundzada soll sich im vergangenen Sommer ebenso wie ein Großteil der Taliban-Führung mit dem Coronavirus infiziert haben. Dass er daran gestorben sei, wies die Bewegung zurück, ebenso Berichte über seinen Tod bei einer Bombenexplosion im pakistanischen Quetta. Die letzten Akhundzada zugeschriebenen Ansprachen zu hohen islamischen Festen wurden indes nur schriftlich verbreitet.

Akhundzada suchte nie das Rampenlicht. Das verbindet ihn mit Mullah Omar, dessen wichtigster religiöser Berater er war. An die legendäre Statur des Taliban-Gründers reicht er nicht heran. Der Respekt unter den Taliban für Akhundzada beruht vor allem auf dessen Ruf als bescheiden lebender Islamgelehrter: In Kandahar unterrichtete der Sohn eines Imams an einer von Mullah Omar geleiteten Koranschule. Nach der Machtübernahme in den neunziger Jahren hatte Akhundzada zudem leitende Positionen im Justizapparat der Taliban inne; nach ihrem Sturz im Jahr 2001 übernahm er die ideologische Schulung der Kämpfer und die religiöse Rechtfertigung ihres Aufstands.

An die Spitze der Taliban stieg er in der Provinz Kandahar geborene Paschtune auf, nachdem sein Vorgänger Akhtar Mansur bei einem amerikanischen Drohnenangriff getötet worden war. Es gelang ihm, die zerstrittene Bewegung zu befrieden. Akhundzada bestimmt nicht autokratisch wie Mullah Omar, sondern stimmt sich wohl eng mit der Rabbari-Schura ab, dem obersten Beratungsgremium. Fachleute halten ihn für einen Pragmatiker, der die Machtübernahme auf dem Verhandlungsweg befürwortet. Allerdings muss er auch die Hardliner in der Bewegung einbeziehen. Die widersprüchlichen Signale, die die Taliban bisweilen aussenden, gehen wohl auch auf konkurrierende Strömungen innerhalb der Bewegung zurück. CHRISTIAN MEIER

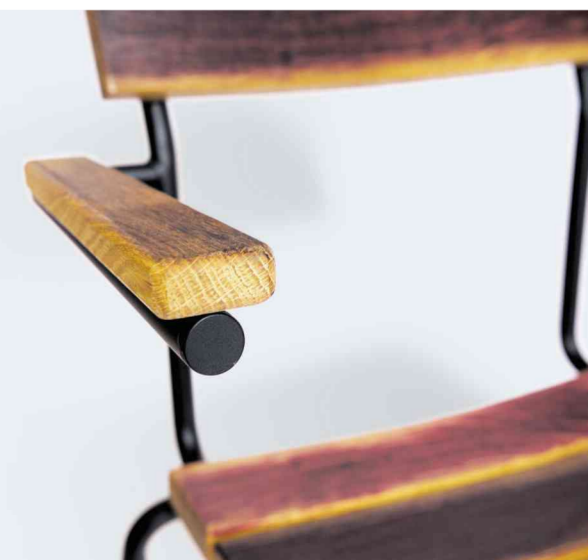
## Frankfurter Allgemeine SELECTION



### Outdoor-Stuhl Pinot

Magnus Mewes' ökologisches Möbeldesign setzt das kostbare Holz in einen neuen, modernen Kontext. Eigens für F.A.Z.-Leser fertigt er aus Dauben von Barrique-Holzfässern und Edelstahlrohr diesen für den Außenbereich geeigneten Stuhl.

Sichern Sie sich Ihren sehr bequemen Outdoor-Stuhl Pinot ab 280 Euro.



faz.net/selection, Info: (069) 75 91-10 10, Fax: (069) 75 91-80 82 52

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

